

Leitartikel

Die ÖVP bewegt sich doch, aber ungerne

Das österreichische Verbot einer Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare ist diskriminierend. Justizministerin Karl korrigiert nun das Gesetz und damit die sture Haltung der ÖVP. Das muss sie wohl.

Von Michael Sprenger

Wenn es um Fragen zur Gesellschaftspolitik geht, tut sich die Volkspartei mit Veränderungen schwer. Wenn die gesellschaftspolitische Debatte dann auch noch die Familienpolitik betrifft, dann lässt die Volkspartei rasch die Rollläden herunter. Getreu dem Leitmotiv: „Was immer war, ist wahr.“

In Folge der Wahl Niederlage 2006 versuchte der seinerzeitige Hoffnungsträger Josef Pröll mit der Perspektivengruppe dieses konservative Leitmotiv abzuändern. So sollte unter anderem die konservative Haltung seiner Partei gegenüber Homosexuellen aufgebrochen werden. Doch Pröll kam mit seinem liberalen

Ansatz für eingetragene Partnerschaften nicht einmal bis zum Standesamt. Der konservative Flügel konnte sich wieder einmal durchsetzen. Das Standesamt für Schwule? Ein No-Go. Sie, die Konservativen, sind stark genug, liberale Ansätze innerhalb der Partei und innerhalb der Koalition zu verhindern. Doch sie können die gesellschaftlichen Veränderungen nicht aufhalten. Das Bittere ist nur, dass die ÖVP in all den herausfordernden Fragen zur Ehe, Adoption und den gleichen Rechten für Hetero- und Homosexuelle die Gestaltungsaufgabe der Politik außer Kraft setzt. Mit heruntergelassenen Rollläden ist der Ausblick ein höchst beschränkter.

Der Verfassungsgerichtshof dürfte die Tür zum Standesamt demnächst öffnen.

So wie nun der Europäische Menschenrechtsgerichtshof das Recht auf eine Stiefkindadoption für homosexuelle Paare ermöglichte. Auch wenn es nicht in das Weltbild der Volkspartei passt, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung ist mit dem europäischen Grundrechtetkatalog nicht in Einklang zu bringen.

Obwohl Justizministerin Beatrix Karl nicht verpflichtet gewesen wäre, aufgrund des Richterspruchs aus Straßburg nun das Gesetz zu ändern, wird sie es tun. Einerseits gehört Karl zum kleinen liberalen Flügel in der ÖVP und nützt so ihre Chance aus, andererseits weiß sie, dass dieses Urteil des Menschenrechtsgerichtshofes künftig für die heimischen Richter und dann vor allem für den Verfassungsge-

richtshof ein unverrückbarer Maßstab sein wird. Zugleich versucht die Ministerin die Mehrheit in ihrer Partei zu beruhigen. Es werde nur jener Passus für das Recht auf Adoption für Stiefkinder geändert. Ansonsten bleibt das Adoptionsgesetz unverändert. Damit bekommt das konservative Leitmotiv „Was immer war, ist wahr“ einen Zusatz: „Wir verhindern die Veränderungen, solange es irgendwie geht.“

Lesen Sie dazu mehr auf der Seite 13

michael.sprenger@tt.com



Gastkommentar

Eine Chance auf Arbeit

Von Walter Guggenberger

Menschen mit Behinderung wollen arbeiten, wie alle anderen auch. Mittlerweile ist das mehr als ein bloßes Wollen, sondern verbrieftes Recht. Es geht dabei nicht nur darum, den Lebensunterhalt zu verdienen, sondern um mehr: um soziale Teilhabe, das Gefühl gebraucht zu werden, etwas Nützliches zu leisten. Wem Arbeit vorenthalten wird, werden Lebenschancen verweigert. Nicht von ungefähr halten laut einer „Europäischen Wertestudie“ über 90 Prozent der Befragten Arbeit für „besonders wichtig“. Leider muss man nicht erst in Statistiken blättern, um zu wissen – wer behindert ist, tut sich ein gutes Stück schwerer, eine faire Chance auf Arbeit zu bekommen.

Auch in Tirol gilt es, so manche Barriere in den Köpfen von Firmenchefs abzubauen. Denn gerade behinderte MitarbeiterInnen identifizieren sich oft besonders intensiv mit ihrer Arbeit und machen ihr Handicap mit Einsatzfreude und ausgeprägter Firmentreue wett. Aber nicht nur private Dienstgeber, auch die öffentliche Hand hat hierzulande dringenden Nachholbedarf: So trägt das Land Tirol seit Jahren die rote Laterne im diesbezüglichen Bundesländer-Ranking. Es ist inakzeptabel, diesen Übelstand achselzuckend hinzunehmen. Die Landeshauptstadt Innsbruck, die Bezirksorte Lienz, Reutte und andere Tiroler Gemeinden beweisen als Arbeitgeber, dass es auch anders geht. Dort haben Menschen mit Behinderung

eine Chance auf Arbeit, wie alle anderen auch.

walter.guggenberger@aon.at



Walter Guggenberger war Leiter des Bundessozialamts und langjähriger Behindertensprecher der SPÖ im Nationalrat.

Frage des Tages (854 Teilnehmer)

In der kommenden Woche ist Kinostart über den Entführungsfall Natascha Kampusch.

20% - Ich habe großen Respekt vor Natascha Kampusch und ihrem Umgang mit ihrem Schicksal. Aber den Film werde ich mir nicht anschauen.

6% - Ich schaue mir den Film an, auch weil er in Zusammenarbeit mit Natascha Kampusch entstanden ist.

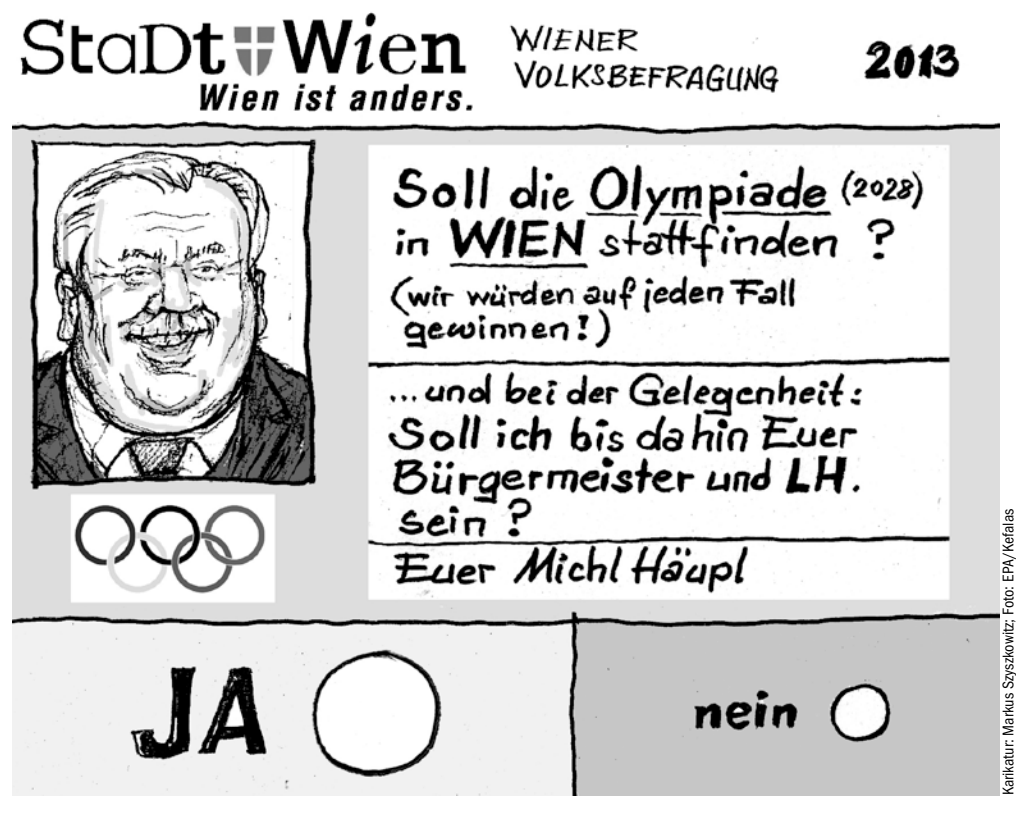
74% - Ich will von Natascha Kampusch nichts mehr hören und sehen.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com



Karikatur

„Wien wählt anders“



Karikatur: Marius Szyzkowicz. Foto: EPA/Veritas

Analyse

Rechtfertigt der Agrarfrust eine Rückübertragung?

Von Peter Nindler

Der Frust ist verständlich: Für rund 80 der 246 Gemeindegutsagargemeinschaften liegen seit 2010 noch keine genehmigten Rechnungsabschlüsse vor. Der Landesagrarsenat als Berufungsinstanz mit richterlichem Einschlag schafft es seit einem Jahr nicht, über die Vermögensaufteilung der Gemeinde Mieders mit der Agrargemeinschaft zu entscheiden. Der angefochtene Bescheid der Agrarbehörde erging bereits im März des Vorjahres. Eigentlich müsste der Landesagrarsenat die Berufung innerhalb von sechs Monaten behandeln.

Dass die Opposition, an die sich jetzt auch die SPÖ hängt, wegen der unbefriedigenden Situation für die Gemeinden – selbst die VP-Bürgermeister sprechen von Pflanzerei – mit ihrem Rückübertragungsgesetz Dampf macht, ist politisch nachvollziehbar. Schließlich ist Wahlkampf und die Agrargemein-

schaften sind ein Dauerbrenner. Doch am Gesetzesentwurf haften erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken (Enteignung), die von der Opposition und der SPÖ ernst genommen werden sollten. Ihn ohne Begutachtung und Stellungnahmeverfahren durchpeitschen zu wollen, obwohl es um zentrale Eigentumsfragen geht, ist politisch grenzwertig.

Hätte der Verfassungsgerichtshof (VfGH) 2008 die Rückübertragung wegen der verfassungswidrigen Vorgänge in den 1950er- und 1960er-Jahren empfohlen, wäre der Politik viel erspart geblieben. Die Gemeinden hätten ihr Eigentum zurückerhalten und die Agrarmitglieder ihre Nutzungsrechte behalten. Doch gerade das hat der VfGH nicht getan und die umstrittenen Bescheide eben nicht aufgehoben. Das Grundbuch wurde nicht angetastet, vielmehr der Begriff vom atypischen Eigentum geschaffen, das Gemeinden und Agrariern gehört.

Selbst das Höchstgericht hat es sich nicht einfach gemacht. Der Weg zur Verteilungsgerechtigkeit zugunsten der Gemeinden ist deshalb auch mühsam. Allerdings muss der Tiroler VP, die sich gegen die Rückübertragung stemmt, eines bewusst sein: Gelöst ist die Agrarfrage noch lange nicht.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 3

peter.nindler@tt.com



Kopf des Tages

Mister Suboptimal als Reizfigur des Kapitalismus

Heute: Daniel Vasella (scheidender Novartis-Verwaltungsratspräsident)

Es war nur ein einziges Wort, und doch sagte es viel aus. Als „suboptimal“ hatte Novartis-Boss Daniel Vasella einst beiläufig den Produktionsstandort Kundl bezeichnet. Und dieses eine Wort blieb über Jahre hinweg an ihm kleben wie Patek. Doch Vasella, kein Freund von einstudiertem Business-Neudeutsch, wiederholte das geflügelte Wort selbst immer wieder. Mit harter Kritik an hohen Lohn- und Energiekosten in Tirol hielt er sich nie zurück, er spitzte oftmals sogar seine eigenen Interviews zu.

Doch Daniel Vasella durfte sich dieses Urteil erlauben. Novartis, heute zweitgrößter Pharmakonzern der Welt, gilt als sein Lebenswerk. Der Weg, dass der heute 59-Jährige je zum meistverdienenden Manager Europas aufsteigen würde, war ihm nicht vorgezeichnet, im Gegenteil. Nach einer schweren Hirnhautentzündung entstand bei dem Sechsjährigen der Wunsch, Arzt zu werden. Als Schüler war er in einer marxistisch-leninistischen Bewegung aktiv. Als Oberarzt schmiss er mit 35 Jahren das Handtuch, um beim Pharmahersteller Sandoz, den Marc Moret (der Onkel seiner Gattin) leitete, im Verkauf anzuheuern. 1996 fädelt er mit Moret die Fusion von Sandoz mit dem Mitbewerber Ciba-Geigy ein, Novartis wurde aus der Taufe gehoben. Als Vorstandschef des Pharma-Giganten und in seiner elf Jahren langen Ära in der Doppelfunktion als CEO und Verwaltungsratspräsident scheffelte er Millionen. Wie viele, das habe er nie gezählt, sagte er – wohl aber „verdient“. Bis zu 42 Mio. Schweizer Franken sollen es pro Jahr gewesen sein. Mit seiner Inszenierung als Sonnyboy, der sich gern hemdsärmelig und mit Drei-Tages-Bart zeigt und mit dem Hubschrauber zur Arbeit fliegt, polarisierte er. Er galt gleichermaßen als Superheld und als Abzocker. Sein Jagdhaus im Außerfern Dorf Bach wurde in Brand gesteckt, das Familiengrab geschändet. Er lässt Kritik stets lächelnd an sich abprallen – auch die Tatsache, dass ihm Tirol das S-Wort lange nicht verziehen hatte. (bea)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 23

